Petition 208880

Familienfragen - Einführung einer verbindlichen Kinder- und Familienfolgenabschätzung

Text der Petition	Mit der Petition wird die Einführung einer verbindlichen Kinder- und Familienfolgenabschätzung für Gesetzes-, Spar-, Finanzierungs- und Strukturmaßnahmen gefordert. Auswirkungen auf familiäre Sicherheit, frühe Entwicklung, Bildung, Prävention, Früherkennung, Gesundheitsversorgung und Betreuungsqualität sind vor politischen Entscheidungen transparent zu prüfen. Maßnahmen, die Entwicklungs- und Gesundheitschancen von Kindern gefährden, müssen verhindert oder entsprechend angepasst werden.
Begründung	Deutschland steht vor erheblichen Herausforderungen: Die PISA-Ergebnisse 2025 zeigen einen besorgniserregenden Bildungsstand, die psychische Belastung von Kindern und Jugendlichen liegt weiterhin über dem Niveau vor der Pandemie, Fachkräfte fehlen und gleichzeitig werden immer weniger Kinder geboren. 2025 waren es nur 654.241 – so wenige wie seit 1946 nicht mehr. Diese Entwicklungen haben unterschiedliche Ursachen. Dennoch treffen sie sich an einem entscheidenden Punkt: unserer nächsten Generation. Bildung beginnt nicht mit der Einschulung. Sprache, Wahrnehmung, Bewegung, Aufmerksamkeit, Arbeitsgedächtnis, Selbstregulation, Impulskontrolle, Frustrationstoleranz, Selbstwirksamkeit und emotionale Sicherheit entwickeln sich bereits in den ersten Lebensjahren und bilden wesentliche Grundlagen späteren Lernens. Deshalb müssen Familien gestärkt werden. Eltern brauchen wirtschaftliche Sicherheit und echte Wahlmöglichkeiten, wie sie Erwerbsarbeit und Betreuung in den ersten Lebensjahren gestalten. Wer sein kleines Kind länger selbst betreuen möchte, darf dadurch nicht unverhältnismäßig wirtschaftlich benachteiligt werden. Wer früh außerfamiliäre Betreuung benötigt, muss sich auf hohe Qualität, ausreichend Personal und stabile Bezugspersonen verlassen können. Ebenso dürfen Prävention und Früherkennung nicht zum Sparobjekt werden. U-Untersuchungen ermöglichen, gesundheitliche und entwicklungsbezogene Auffälligkeiten früh zu erkennen und notwendige Hilfen einzuleiten. Veränderungen der Vergütung dürfen nicht dazu führen, dass Früherkennung, Kinder- und Jugendmedizin, Psychotherapie, Sozialpädiatrie, Frühförderung oder notwendige Heilmittelversorgung faktisch erschwert werden. Prävention muss beginnen, bevor Probleme chronisch werden. Auch unsere digitale Lebenswelt gehört in eine moderne Präventionspolitik. Kinder

brauchen neben Bewegung, Spiel und unmittelbaren Sinneserfahrungen vor allem direkte menschliche Interaktion. Medienkompetenz muss deshalb nicht nur Kinder, sondern auch Erwachsene und die Bedeutung ungeteilter Aufmerksamkeit in Familien einbeziehen.

Deutschland altert, während die nachwachsende Generation kleiner wird. Umso weniger können wir es uns leisten, bei ihren Entwicklungs-, Bildungs- und Gesundheitschancen kurzfristig zu denken.

Deshalb müssen politische Entscheidungen künftig systematisch auf ihre Folgen für Kinder und Familien geprüft werden. Kurzfristige Einsparungen dürfen nicht zu langfristigen gesundheitlichen, sozialen, bildungsbezogenen und volkswirtschaftlichen Folgekosten führen.

Familienpolitik ist Bildungspolitik. Familienpolitik ist Gesundheitspolitik. Und in einer alternden Gesellschaft ist sie auch Zukunfts- und Wirtschaftspolitik.

Kinder sind keine Sparmasse. Prävention ist kein Luxus. Investitionen in Familien und gesundes Aufwachsen sind Investitionen in die Zukunft unseres Landes.